

Ein Kraftakt mit besonderen Herausforderungen

Stadt versorgt Schulen mit mobilem WLAN und Endgeräten

Die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen gehört zu den erklärten Zielen der Politik. Die Corona-Pandemie hat die Dringlichkeit hinsichtlich einer soliden technischen Ausstattung noch verstärkt. „Die Digitalisierung der Schulen ist ein Kraftakt, der uns vor ganz besondere Herausforderungen stellt“, so Bürgermeisterin Beate Kimmel.

Der Bund und das Land haben gerade über vier Förderkulissen im Digitalpakt Schulen mit Millionen-Paketen umfangreiche Unterstützung zugesagt. „Wir sollten deswegen nicht darüber reden, was in der Vergangenheit versäumt wurde, sondern gemeinsam nach vorne blicken und die Digitalisierung in den Schulen schnell Einzug halten lassen“, so Kimmel.

In Kaiserslautern hat sich hierfür ein Projekt-Team aus den Referaten Schulen, Gebäudewirtschaft, Tiefbau sowie der IT der Stadtverwaltung mit der KL.digital GmbH, dem K-Net Telekommunikationsunternehmen und dem IT-Unternehmen Demando zusammengeschlossen, um die Aufgabe gemeinsam umzusetzen. Die Betreuung der digitalen Infrastruktur in den Schulen und der regelmäßige Support werden einheitlich in den Händen der Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft (KDK GmbH) liegen.

„Ziel ist, dass alle Schulen einen breitbandigen Zugang zum Internet haben und sowohl Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schüler mit entsprechenden Endgeräten ausgestattet sind“, erklärt Projektleiter Wolf-

gang Ernst vom Referat Schulen. Jedes Klassenzimmer soll dann mit WLAN, digitaler Tafel und, wo erforderlich, mit einer Dokumentenkamera ausgestattet sein. Voraussetzung und erster Baustein hierfür ist ein schneller Internetanschluss, der mindestens 30Mbit/s pro Saal ermöglicht. „Einige Schulen in Kaiserslautern sind bereits sehr gut an das Internet angeschlossen, ein großer Teil an neuen Anbindungen wird zurzeit geplant und anschließend bereit gestellt“, berichtet Ernst. Diese Anbindungen werden durch Telekommunikationsanbieter und das Referat Tiefbau nach und nach ausgeführt, die Kosten hierfür aus verschiedenen Fördertöpfen getragen.

„Der zweite Baustein ist im Anschluss die Verkabelung innerhalb der Schule, also eine Verbindung zu schaffen zwischen Internet-Anschlusspunkt und den jeweiligen Endgeräten in den Klassenräumen“, so Ernst weiter. Hier sind vom Referat Gebäudewirtschaft in den Schulen umfangreiche Arbeiten zu leisten, die planungs-, kosten- und zeitintensiv sind. „Das wird für alle Schulen noch mindestens vier Jahre dauern, wir hoffen, 2024 alle Schulen digitalisiert zu haben“, gibt Ernst einen Einblick in den Zeitplan des Mammut-Projektes.

Aus diesem Grund ist die Stadt Kaiserslautern in Zusammenarbeit mit der KL.digital aktuell dabei, Übergangslösungen für die Schulen zu schaffen, an denen noch keine Verkabelung im Haus vorliegt. Hier wird ein



Packen die ersten Endgeräte aus: Bürgermeisterin Beate Kimmel und Wolfgang Ernst

FOTO: PS

System zum Einsatz gebracht, welches als Projekt MOGLI (MOBILE GLASfaser Infrastruktur) von der KL digital auf der Kaiserslauterer Kerwe bereits erprobt wurde und bei verschiedenen Veranstaltungen erfolgreich zum Ein-

satz kam. „Selbstverständlich kann diese schnell aufgebaute Lösung keine dauerhafte Vernetzung der Schulen ersetzen, aber zumindest temporär ist darüber ein Internet-Anschluss in ausgewählten Räumen verfügbar“,

informiert Martin Wilke, Projektleiter bei der KL.digital.

Auch die Versorgung mit Endgeräten ist erfolgreich gestartet, berichtet Ernst: „Wir haben derzeit 80 Laptops und iPads, die an Pädagogen ausgegeben werden, die als Risikopatienten von zu Hause aus unterrichten müssen.“ Weitere rund 2.400 iPads für bedürftige Schülerinnen und Schüler aus dem Sofortausstattungsprogramm des Digitalpakts Schulen sind bestellt und werden hoffentlich noch in diesem Jahr ausgeliefert. Die Federführung für die Ausgabe, Installation und Wartung der Endgeräte liegt aktuell noch beim Schulreferat. „Eine organisatorische Herausforderung. Es müssen hier dringend Lösungen gefunden werden, wie der technische Support zukünftig organisiert und finanziert wird“, erklärt Ernst. Noch zu klären sei auch, wie der Anschluss an ein Rechenzentrum erfolgt und es werde dringend ein Medienbüro benötigt, das die Schulen berät und die Lehrkräfte kontinuierlich fortbildet.

„Auch wenn die vollständige Digitalisierung an allen 32 Kaiserslauterer Schulen noch am Anfang steht, spüren wir tagtäglich, dass es voran geht und wir auf einem guten Weg sind“, blickt Bürgermeisterin Kimmel zuversichtlich in die Zukunft. Sie sei dankbar für das außerordentliche Engagement und den Einsatz des Projektteams, schnelle und adäquate Lösungen zu finden, um die Bildungseinrichtungen für den digitalen Unterricht leistungsfähig zu machen.]ps

Trauerfeiern weiterhin möglich

Die aktuell gültige Corona-Bekämpfungsverordnung lässt Trauerfeiern weiterhin zu. Im Freien wie in den Aussegnungshallen gelten die bekannten Hygiene- und Abstandsregeln. Je nach Größe der Aussegnungshalle in Kaiserslautern dürfen insgesamt zwischen sieben und 15 Trauergäste teilnehmen. Zu den erlaubten Gästen zählen Ehe- und Lebenspartner sowie Verlobte der Verstorbenen, Verwandte des ersten und zweiten Verwandtschaftsgrades mit Lebens- und Ehepartnern sowie Personen eines weiteren Hausstands. Sofern es der Platz erlaubt, können bis zur maximalen Gästezahl auch weitere Personen die Trauerfeierlichkeit begleiten.]ps

Sitzung des Stadtrechtsausschusses

Am Freitag, 20. November, findet eine öffentliche Sitzung des Stadtrechtsausschusses statt. Beginn ist um 8 Uhr im Großen Ratssaal. Den Vorsitz hat Christina Mayer. Es ist zu beachten, dass im Rathaus eine Maskenpflicht gilt und wegen der Abstandsregeln die Zahl der Sitzplätze auf der Zuschauertribüne stark begrenzt ist. Seitens der Widerspruchsgegnerin ist aktuell nur die Teilnahme einer Vertreterin/eines Vertreters zulässig.]ps

Städtische Immobilien

Die Stadt Kaiserslautern vermarktet Grundstücke und Immobilien. Nähere Infos: www.kaiserslautern.de/immobilien. Dort ist auch ein Bewerbungsbogen zum Download hinterlegt.]ps

Vermessungsarbeiten an der Lauter



GRAFIK: STE

Im Rahmen von Berechnungen zur Hochwasservorhersage Obere Lauter - Unterer Eselsbach werden von Mitte November bis voraussichtlich Ende Dezember Vermessungsarbeiten durchgeführt. Wie die Stadtentwässerung Kaiserslautern mitteilt, umfasst das Arbeitsgebiet die Lauter von der Lothringer Dell in Kaiserslautern bis zum Untersulzbach sowie den Eselsbach vom Freibad Waschmühle bis zur Mündung in die Lauter im Bereich der Zentralkläranlage Kaiserslautern (siehe Plan). Es wird darum gebeten, den Mitarbeitern des Geo-Ingenieurservice Süd-West und der Hydrotec Ingenieurgesellschaft für Wasser und Umwelt mbH aus Aachen die Zufahrt und den Zutritt zu den entsprechenden (ggf. privaten) Grundstücken zu gewähren sowie die Arbeiten bestmöglich zu unterstützen.

Bei Rückfragen steht die Stadtentwässerung Kaiserslautern AöR unter 0631 37230 oder info@ste-kl.de gerne zur Verfügung.]ps

IMPRESSUM AMTSBLATT

Herausgeber: Stadt Kaiserslautern
Redaktion Pressestelle: Matthias Thomas (V.i.S.d.P.), Charlotte Lisador, Sandra Zehle, Sandra Janik-Sawetzi, Nadin Robarge, Tel. 0631 365-2206, E-Mail: amtsblatt@kaiserslautern.de
Die Beiträge der Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderates stehen rechtlich in deren eigener Verantwortung.
Verlag: SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG
Redaktion Amtsblatt Kaiserslautern: Stephanie Walter, Tel. 06371 90913, E-Mail: amtsblatt-kaiserslautern@suewe.de
Druck: Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen
Verteilung: PVG Ludwigshafen, E-Mail: zustellinformation@suewe.de oder Tel. 0631 3737-260. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN erscheint wöchentlich mittwochs/donnerstags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN wird kostenlos an alle erreichbaren Haushalte in Kaiserslautern verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus sowie im Bürgercenter abgeholt werden.

„Nicht warten, sondern jetzt handeln!“

Oberbürgermeister Klaus Weichel appelliert erneut an Bevölkerung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die aktuelle Pandemiesituation hat mich veranlasst, mich erneut direkt an Sie zu wenden. Kaiserslautern stand bei den Neuinfektionen in den vergangenen Tagen zeitweise auf Platz 3 unter den Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz. Ende Oktober hat sich unsere 7-Tage-Inzidenz innerhalb von rund anderthalb Wochen vervielfacht, seitdem liegt sie durchgehend bei weit über 100 Neu-

infektionen auf 100.000 Einwohner in sieben Tagen. Deutschlandweit werden vielerorts ähnliche Zuwachsraten registriert und immer häufiger stecken sich nun auch wieder ältere Menschen an. Das Infektionsgeschehen ist durch die Gesundheitsämter längst nicht mehr vollständig nachvollziehbar. Trotz insgesamt deutlich erhöhter Testkapazität wird die Dunkelziffer an unerkannt Infizierten immer größer. Gleichzeitig erleben wir immer noch in großer Zahl Menschen, die die Maßnahmen in Frage stellen,

das Virus verharmlosen oder gar seine Existenz gänzlich verleugnen.

Wir stehen nach meinem Dafürhalten vor einer Belastungsprobe, wie sie unser Gesundheitssystem in den vergangenen 75 Jahren nicht erlebt hat. Dass die Intensivstationen noch nicht ausgelastet sind, liegt einzig und allein daran, dass bei schweren Verläufen von Covid-19 oftmals Wochen vergehen, bis ein Patient auf die Intensivstation eingeliefert werden muss. Das heißt, die Neuinfektionen von heute werden sich erst in einigen Wochen

dort niederschlagen.

Darauf dürfen wir nicht warten, sondern müssen jetzt handeln! Die Situation, wie wir sie im Frühjahr in Norditalien erlebt haben, können wir bald auch in Kaiserslautern erleben, wenn wir uns nicht alle an das Gebot der Stunde halten. Das heißt: Kontakte reduzieren, wo es nur geht! Notieren Sie die Kontakte, die gar nicht vermeidbar sind, in einem Kontakttagebuch. Damit helfen Sie dem Gesundheitsamt, die Infektionsketten nachzuvollziehen. Und tragen Sie bitte in

der Öffentlichkeit immer eine Maske.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir seitens der Verwaltung in enger Abstimmung mit den Kreis- und Landesbehörden alles dafür tun, um diese Pandemie einzudämmen. Das funktioniert aber nur, wenn Sie dabei mit-

Ihr

Klaus Weichel
Oberbürgermeister der Stadt
Kaiserslautern

Waldwichtel erhalten AOK-Zertifikat „Gesunde Kindertagesstätte“

Kita Mölschbach drei Jahre erfolgreich im JolinchenKids Programm

Seit September 2017 nimmt die Kindertagesstätte in Mölschbach erfolgreich am weiterentwickelten AOK-Programm „JolinchenKids – Fit und gesund in der Kita“ teil. Nach drei Jahren wurden die „Waldwichtel“ nun mit dem Zertifikat „Gesunde Kindertagesstätte“ in Gold ausgezeichnet.

Bei „JolinchenKids“ liegt der Fokus nicht primär auf der Vermeidung von Übergewicht, sondern vielmehr auf einem ganzheitlichen Ansatz zur Gesundheitsförderung. Das bedeutet, dass das Programm einerseits zu einem umfassenden gesundheitsbewussten Verhalten anregen und gleichzeitig gesundheitsrelevante Rahmenbedingungen in der Kita positiv beeinflussen möchte. Ziel ist es, die Kinder für eine ausgewogene Ernährung und viel Bewegung zu begeistern.

Zudem hat „JolinchenKids“ die Gesundheit aller Beteiligten im Blick, also neben der Kindergesundheit auch die Gesundheit der Kita-Mitarbeiterinnen und der Familien. Dabei werden die Eltern von Anfang an aktiv mit ein-



Marion Weber (AOK) überreicht Kita-Leiterin Gabriele Franzinger das Zertifikat in Gold für drei Jahre hervorragende Arbeit mit dem Programm „JolinchenKids“

FOTO: AOK RHEINLAND-PFALZ / SAARLAND

bezogen und das Programm wird flexibel und bedarfsorientiert in der Kita eingesetzt.

Die AOK hat sich nach drei erfolgreichen Jahren dafür entschieden, die beteiligten Kitas mit dem AOK-Zertifi-

kat auszuzeichnen. Nach einem festgelegten Kriterienkatalog haben mehrere Kitas in den Regionen Kaiserslautern, Pirmasens, Donnersbergkreis und Kusel diese Kriterien für Gold erfüllt.]ps

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung

Am Mittwoch, 18.11.2020, 16:00 Uhr findet in der Fruchthalle, Fruchthallstraße 10, 67655 Kaiserslautern eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Bericht des Jugendparlaments
3. Rahmenkonzeption - Schulsozialarbeit an Kaiserslauterer Schulen
4. Richtlinien der Stadt Kaiserslautern zur Förderung der Jugendarbeit
5. Bericht aus den Landesförderprojekten der Jugendstrategie JES
6. Beteiligung des Jugendreferates an der Jugendberufsagentur
7. Haushaltsentwicklung
8. Kommunale Zuschussbeteiligung an Modernisierungs- bzw. Instandsetzungsmaßnahmen der Prot. Kindertagesstätte Kindergartenstr. 4
9. Kommunale Zuschussbeteiligung an Modernisierungs- bzw. Instandsetzungsmaßnahmen von Kindertagesstätten in Trägerschaft der Prot. Gesamtkirchengemeinde
10. Mitteilungen
11. Anfragen

gez. Dr. Johannes Barrot
stellvertretender Vorsitzender

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung

Aufhebung der Allgemeinverfügung

der Stadt Kaiserslautern zur Anordnung von notwendigen Schutzmaßnahmen aufgrund des vermehrten Auftommens von SARS-CoV-2 Infektionen in der Stadt Kaiserslautern – Warnstufe Rot vom 27.10.2020

Die Stadtverwaltung Kaiserslautern erlässt aufgrund des § 22 der 12. Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (CoBeLVO) vom 30. Oktober 2020 i.V.m. § 49 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), jeweils in der zurzeit gültigen Fassung, folgende

Allgemeinverfügung:

1. Die Allgemeinverfügung der Stadt Kaiserslautern zur Anordnung von notwendigen Schutzmaßnahmen aufgrund des vermehrten Auftommens von SARS-CoV-2 Infektionen in der Stadt Kaiserslautern – Warnstufe Rot- vom 27.10.2020 wird hiermit aufgehoben.
2. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekannt gegeben und tritt mit ihrer Bekanntgabe in Kraft. (§ 1 LVwVfG i.V.m. § 41 Abs. 3 u. 4 VwVfG)

Empfehlungen:

1. Bei Zusammenkünften im privaten Bereich wird dringend empfohlen, diese auf maximal 10 Personen aus maximal zwei Hausständen unter Beachtung der allgemeinen Schutzmaßnahmen zu begrenzen.
2. Es wird dringend empfohlen, auf stark frequentierten Straßen und Plätzen, insb. in der Fußgängerzone, eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen.

Hinweise:

- 1) Die Verfügung und deren Begründung können an der Rathausinformation, Willy-Brand-Platz 1, 67659 Kaiserslautern, oder an der Information im Rathaus Nord, Benzinoring 1, 67657 Kaiserslautern zu den üblichen Dienstzeiten sowie auf der Internetseite der Stadtverwaltung Kaiserslautern (www.kaiserslautern.de/corona) eingesehen werden.
- 2) Die Regelungen der 12. Corona-Bekämpfungsverordnung bleiben durch die Aufhebung der Allgemeinverfügung der Stadt Kaiserslautern unberührt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung, Willy-Brandt-Platz 1, 67657 Kaiserslautern, oder bei der Geschäftsstelle des Stadtrechtsausschusses bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern, Rathaus Nord, Benzinoring 1, 67657 Kaiserslautern, 1. Obergeschoß, Gebäude B, Zimmer B 110, erhoben werden.

Bei schriftlicher Erhebung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter www.kaiserslautern.de/service-portal/ekommunikation aufgeführt sind.

Kaiserslautern, den 04.11.2020
gez.
Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Bekanntmachung

Am Montag, 16.11.2020, 15:00 Uhr findet in der Fruchthalle, Fruchthallstraße 10, 67655 Kaiserslautern eine Sitzung des Stadtrates statt.

T a g e s o r d n u n g:

Nichtöffentlicher Teil

1. Projekt EnStadt: Pfaff Kaiserslautern - Nahwärme Detailplanung Pfaffareal
2. Erlassantrag für Säumniszuschläge und Kosten
- 3.-23. Personalangelegenheiten
24. Veräußerung eines Erbbaugrundstückes
25. Mitteilungen
26. Anfragen

Öffentlicher Teil (Beginn: 16:00 Uhr)

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Genehmigung zur Übertragung von Haushaltsermächtigungen des Haushaltsjahres 2019 gemäß § 17 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
3. Entscheidung über die Annahme von Spenden und Sponsoringleistungen nach § 94 Abs. 3 GemO
4. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Investitionshaushalt 2020 für die Förderung in Kindertagesstätten (Umsetzung neues KiTa-Gesetz)
5. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2020 gem. § 100 Abs. 1 GemO; Kostenträger 51111 (Stadtvermessung)
6. Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung im Investitionshaushalt 2020 für die Maßnahme „Kaiserpfalz“
7. Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für die Erneuerung der Telekommunikationsanlage in der Integrierten Leitstelle
8. Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2020 gemäß § 100 Abs. 1 GemO; Teilhaushalt 5 - Finanzen
9. Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2020 gemäß § 100 Abs. 1 GemO; Teilhaushalt 14 Stadtentwicklung, Kostenträger 51103 Städtebauförderung

10. Neugestaltung der Standgrößen und der Entgeltordnung des „Kulturmarktes vor Weihnachten“ in der Fruchthalle ab 2021

11. Satzung zur Änderung der Satzung über die Durchführung der Volksfeste, Jahrmärkte, Spezialmärkte und Wochenmärkte der Stadt Kaiserslautern (Marktsatzung)

12. Stadtteil Dansenberg, Bebauungsplanentwurf Sondergebiet „Wochenendhausgebiet Bergbrunner Kopf“, Ausweisung eines Sondergebiets (Beschlussfassung über die während der erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen und den Bebauungsplan als Satzung)

13. Stadtteil Erfenbach, Bebauungsplanentwurf „Lampertshof“, Städtebauliche Neuordnung (Beschlussfassung über die Aufstellung eines Bebauungsplans -Grundsatzbeschluss-)

14. Stadtteil Morlautern, Bebauungsplanentwurf „Turmstraße (ehemalige Gärtnerei)“, Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebiets (Beschlussfassung über die Aufstellung eines Bebauungsplans -Grundsatzbeschluss-)

15. Neuorganisation der Unterbringung von Zwangsräumungsfällen (Clearing House)

16. Zusammenarbeit mit der Bau AG bei der Unterhaltung der städtischen Wohnungen
17. S-Bahn Rhein-Neckar - Verlängerung Homburg-Zweibrücken und Ausbau Knoten Mannheim-Heidelberg

18. Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Kaiserslautern (Festlegung der weiteren Vorgehensweise)

19. Erklärung zur freiwilligen und überquotalen Aufnahme von Schutzsuchenden / Schutzberechtigten „GRC – Moria“

20. Weiterführung des Mehrgenerationenhauses (Erweiterung des Beschlusses vom 06.08.2020)

21. Festlegung der Gemeinde-/Anliegeranteile

22. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Beleuchtung in der Saal-, Friedrich- und Reichswaldstraße
Festlegung der Gemeinde- und Anliegeranteile

23. Neufestsetzung der Entgelte für das Befahren des Hauptfriedhofes Kaiserslautern mit privaten Kraftfahrzeugen sowie Fahrzeugen von Gewerbetreibenden

24. Änderung der Firmenbezeichnung der „Pfaff-Gemeinnützige Arbeitsförderungs-gesellschaft mbH (PGA)“

25. Änderung der Inklusionsbeiratssatzung

26. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)

27. Änderungen in Ausschüssen

28. Regelmäßiger Bericht zur Digitalisierung (vorsorglich)

29. Regelmäßiger Bericht über die Entwicklung des Pfaffgeländes (vorsorglich)

30. Mitteilungen

31. Anfragen

gez. Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Hinweise:

- Alle Tagesordnungspunkte die aufgrund der Sitzungsdauer nicht behandelt werden können, werden in der Stadtratssitzung am 17.11.2020 aufgerufen.
- Aus Gründen des Gesundheitsschutzes stehen nur begrenzte Kapazitäten für die Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bekanntmachung

Am Dienstag, 17.11.2020, 15:00 Uhr findet in der Fruchthalle, Fruchthallstraße 10, 67655 Kaiserslautern eine Sitzung des Stadtrates statt.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Öffnung der Gartenschau im Winter/Frühjahr 2020/21 (Antrag des Jugendparlaments)
3. Sitzgelegenheiten und Wetterschutz an den Bushaltestellen in der Fruchthallstraße (Antrag des Seniorenbeirats)
4. Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung von CoronaVerordnungen (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
5. Stand der Umsetzung der Maßnahmenkataloge und Zustandsbericht der städtischen Immobilien (Antrag der FDP-Fraktion)
6. Bewältigung der Altschuldenproblematik (Antrag der CDU Fraktion)
7. Berichtsantrag zur Personalsituation (Antrag der SPD-Fraktion)
8. Klare Positionierung gegen nukleare Teilhabe (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
9. Digitalisierung der Schulen in Kaiserslautern (Antrag der SPD Fraktion)
10. Photovoltaik auf städtischen Dächern (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
11. Sitzungsprotokolle (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
12. Umsetzungsbericht (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
13. Nahverkehrsplan (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
14. Statusbericht zur Überprüfung des ÖPNV-Verkehrs der Stadtwerke Kaiserslautern (Antrag der FDP-Fraktion)
15. Tourismus in Kaiserslautern (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
16. Errichtung von Ladestationen für E-Autos in den Bereichen der Wohnblöcke der Bau-AG (Antrag der SPD-Fraktion)
17. Platz der Kinderrechte (Antrag der FDP-Fraktion)

18. Berichtsantrag Jobcenter/Sozialleistungsträger (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

19. Haushaltssitzung Stadtrat (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

20. Bildung eines Arbeitskreises „Haushalt“ (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

21. Mitteilungen

22. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

1. Berichtsantrag zur Ansiedlung von Firmen und Gewerbebetrieben, Entwicklung IG Nord, Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen, Ansiedlung von Amazon und ggf. weitere bedeutende Vorhaben (Antrag der CDU-Fraktion)

2. Mitteilungen

3. Anfragen

gez. Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Hinweis:
Aus Gründen des Gesundheitsschutzes stehen nur begrenzte Kapazitäten für die Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bekanntmachung

Die Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtentwässerung Kaiserslautern – Anstalt öffentlichen Rechts der Stadt Kaiserslautern (STE-AöR)

findet am **Donnerstag, den 19.11.2020 um 16:00 Uhr**

im **Betriebsgebäude „BG 44“ (an der A6) der Stadtentwässerung AöR**, Blechhammerweg 40, 67659 Kaiserslautern statt.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und Beschluss über die Ergebnisverwendung
2. Entlastung des Vorstandes
3. Zwischenbericht des Vorstandes zum Geschäftsjahr 2020
4. Wirtschaftsplan 2021
5. Mitteilungen
6. Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

1. Finanzangelegenheit
2. Vergabeentscheidung
3. Vergabeentscheidung
4. Personalangelegenheit
5. Mitteilungen
6. Anfragen

Beate Kimmel
Vorsitzende des Verwaltungsrats

Bekanntmachung

Stadtbildpflege Kaiserslautern
Öffentliche Ausschreibung

Die Grünflächenpflege 2021 Lose 1 – 3 (Entwicklungs- und Unterhaltungspflege, Mittel-/Seitenstreifen und Uni-Wohngebiet) für den Eigenbetrieb Stadtbildpflege Kaiserslautern wird öffentlich ausgeschrieben.

Ausschreibungs-Nr.: 4139
Ausführungsfrist:
Mit der Ausführung ist zu beginnen in der 14. KW 2021, spätestens am letzten Werktag dieser KW
Die Leistung ist zu vollenden in der 48. KW 2021, spätestens am letzten Werktag dieser KW

Zentrale Vergabestelle – Telefon: 0631 3652481 / vergabestelle@kaiserslautern.de

Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
Subreport ELViS-Link: <https://www.subreport.de/E65522467>

Öffnung der Angebote: 01.12.2020 um 10:00 Uhr
in 67657 Kaiserslautern, Rathaus Nord, Bau A, Erdgeschoss, Zimmer A016.
Zuschlagsfrist für die Ausschreibung endet am 08.01.2021

Nähere Informationen erhalten Sie unter
„www.kaiserslautern.de“ – Rathaus/Bürger/Politik – Ausschreibungen.

Kaiserslautern, 09.11.2020
gez.
Andrea Buchloh-Adler
Stellv. Werkleiterin

Stellenausschreibung

Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSTADT KAISERSLAUTERN sucht für das **Referat Soziales - Abteilung 50.1** - zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

kommunale Beauftragte bzw. einen kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung (m/w/d) in Vollzeit.

Den kompletten **Ausschreibungstext (Ausschreibungskennziffer: 187.20.50.270)** erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter **www.kaiserslautern.de/karriere**.

Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister



NICHTAMTLICHER TEIL

FRAKTIONSBEITRÄGE

Zukunftsorientierte Stadtpolitik

SPD-Stadtratsfraktion stimmt Doppelhaushalt 2021/22 zu

Fraktion im Stadtrat
SPD

Der Doppelhaushalt 2021/22 ist vom Rat verabschiedet. „Grundsätzlich kann man sagen, dass – gemessen an den vergangenen Jahren – die Fehlbeiträge fast schon als gering zu bezeichnen sind“, kommentierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Rahm den Ratsbeschluss. „Die uns wichtigen Mittel haben wir darin verankern können. Wir hätten gerne den unterbesetzten Bereich „Gesundheit“ in der Stadtverwaltung personell verstärkt und die freiwilligen Leistungen im Hinblick auf die Eisbahn konstruktiver, lösungsorientierter und nachhaltiger verändert, aber das war mit den Gegenstimmen der Koalition leider nicht machbar.“

Zukunft sichern

Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Jahren erfolgreich dazu beigetragen, dass Kaiserslautern eine soziale und lebenswerte Stadt ist und bleibt. Im Mittelpunkt unseres Handelns stand und steht auch weiterhin das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger. Kaiserslautern ist aus unserer Sicht eine lebenswerte Stadt und sie bietet viel, darunter eine große Anzahl von freiwilligen Leistungen, die überwiegend zur Wohlfühlsituation unserer Bürger beitragen. Doch wie lange können wir uns dies alles noch leisten? „Wenn ich mir die Ausführungen



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Rahm

FOTO: RÖDLER

von Herrn Schulz ansehe, der hier einem amerikanischen Vorbild nahekommt, und in den sozialen Medien Zahlen für sich nach eigenem Bedarf populistisch aufbereitet und verbreitet, dann ist unsere Stadt total am Ende“, kritisiert Andreas Rahm. „Aber so ist es nicht! Was die CDU hier verbreitet, ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die hier Tag für Tag seit Jahren daran arbeiten, unsere Stadt lebenswert zu erhalten und zukunftsorientiert zu gestalten. So ein schlechtes Bild unserer Stadt zu zeichnen, ist unverantwortlich!“

Und diese Koalition ist auch nicht bereit, dies konstruktiv zu ändern. Ein aktuelles Beispiel ist die Eisbahn. Die SPD-Fraktion hat in Absprache mit dem Oberbürgermeister und der Gartenschau einen konstruktiven Lösungsansatz erarbeitet, der den Weiterbetrieb ohne den Ansatz von

300.000 Euro im städtischen Haushalt ermöglichen würde. Ohne an der Lösung mitzuarbeiten, stellt die Koalition diese Summe einfach wieder in den Haushalt ein. Das ist verantwortungslose Finanzpolitik, und sie ist zudem noch ideenlos. Ebenso hat die SPD-Fraktion eine Stelle „Gesundheitsförderung“ beantragt. Dem Prüfungsausschuss hat die CDU im Sommer 2019 zugestimmt, ebenso 2020 dem Letzter von Intent, und in den Haushaltsberatungen dann die Ablehnung und damit eine Chance vertan, ein wichtiges Zukunftsthema auf der Agenda zu haben. Auch ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeitenden im Bereich Gesundheit, die mehrfach bekundet haben, dringend Unterstützung für diese wichtige Präventionsarbeit für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu benötigen. Das sind leider die falschen Signale für unsere Stadt.

Haushaltsrede von Manfred Schulz

Erster Teil der Haushaltsrede zum Thema Infrastruktur

Fraktion im Stadtrat
CDU

Traditionell schon kämpfen wir in den Haushaltsberatungen für eine bessere Infrastruktur der Stadt. Gerade auch deswegen, weil wir wissen, dass diese die Basis für eine verlässliche und nachhaltige Versorgung und einen bedeutenden Vermögenswert unserer Bürger darstellt. Aber wie hat sich das städtische Anlagevermögen hierzu in den letzten Jahren entwickelt? Die bilanzielle Entwicklung des Anlagevermögens der Stadt Kaiserslautern geht steil nach unten. Innerhalb des Sachanlagevermögens ist das Infrastrukturvermögen der mit Abstand bedeutendste Posten. Das betrug im Jahr 2008 lt. der Eröffnungsbilanz noch 637 Mio. Euro. Nach dem Rechnungsergebnis 2017 beläuft es sich gerade mal noch auf 515 Mio. Euro! Ihre Leistung ist es, dass der Wert des Infrastrukturvermögens der Bürger unserer Stadt innerhalb von nur zehn Jahren um sage und schreibe 122 Millionen abgenommen hat. Das ist eine dramatische Entwicklung, die so nicht weitergehen kann. Diese offenkundige Fehlentwicklung liegt zumindest nicht nur an unzureichenden Haushaltsansätzen, sondern daran, dass der Oberbürgermeister dieses Problem praktisch während seiner gesamten Amtszeit hat schleifen lassen. Natürlich macht es keinen Sinn, Gelder



FOTO: CDU

in den Haushalt einzustellen, die die Verwaltung vom Volumen her gar nicht verausgaben kann. Aber einfach nur die Ansätze nach unten zu fahren und an die Ist-Ergebnisse der Vorjahre anzupassen, kann natürlich keine Lösung sein. Im Gegenteil, dadurch ist der weitere Verfall des Infrastrukturvermögens doch vorprogrammiert. Wir fordern daher, dass die Probleme im Haushaltsvollzug endlich angegangen werden. Die stellenplanmäßigen Voraussetzungen sind hierfür jedenfalls geschaffen. Es ist auch nicht weiter hinnehmbar, dass der Anteil der Investitionen am Gesamtetat bei unter zwei Prozent liegt. Mit dieser Investitionsquote wird sich der Sanierungsstau nur immer weiter erhöhen. Und Sie sollten auch nicht glauben, dass die Bürger von diesem

Werteverfall des städtischen Vermögens nichts mitbekommen würden. Es ist natürlich ein schleichender Prozess. Aber jeder Autofahrer und jeder Radfahrer spürt tagtäglich den maroden Zustand unserer Straßen am eigenen Leib. Bei einem Investitionsstau von über 70 Millionen zur Sanierung allein der festgestellten schlechten bis sehr schlechten Straßen ist das auch nicht weiter verwunderlich.

Auch die Eltern von Schulkindern wissen, dass ihre Kinder teilweise in Schulen gehen, die dringend sanierungsbedürftig sind. Die Beschäftigten des Rathauses wissen, dass ihr in die Jahre gekommenes Verwaltungsgebäude baulich in keinem guten Zustand mehr ist und Sie, Herr Oberbürgermeister, die schon einmal im Haushalt etatisierte Sanierung des Rathauses lieber ihrem Nachfolger im Amt überlassen werden.

Letztlich muss man festhalten, dass diese Finanzpolitik des SPDgeführten Stadtrats gegen die Grundsätze der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit verstößt. Denn die unterbliebenen Investitionen werden künftige Haushalte nur umso stärker belasten. Die Lasten werden nur in die Zukunft verlagert. Die Summe des Vermögens- und Substanzverzehr des städtischen Anlagevermögens ist ökonomisch betrachtet nichts anderes als eine implizite, also versteckte Verschuldung. Daher macht es überhaupt keinen Sinn, Straßen und Gebäude weiter verschleifen zu lassen.

Amazon: Arbeitsplätze um jeden Preis

Verkehrskollaps am Einsiedlerhof vorprogrammiert

Fraktion im Stadtrat
FWG

Die von Oberbürgermeister Weichel verkündete Ansiedlung des US-Konzerns Amazon im Industriegebiet (IG) Einsiedlerhof bringt gemischte Gefühle auf den Plan. Dabei scheint die Schaffung von bis zu 1.000 Arbeitsplätzen mit moderater Qualifikationsanforderung doch der ganz große Coup für die gebeutelte Region. Dass die Ansiedlung enorme Auswirkungen für die Bürgerschaft Einsiedlerhofs zur Folge hat, liegt auf der Hand. Umso mehr erstaunt es, dass man diese Neuigkeit auch als unmittelbarer Betroffener der Tagespresse entnehmen darf... Vertrauensvolle Informationspolitik, wie sie der OB immer wieder proklamiert und zusagt, sieht aus unserer Sicht leider anders aus!

Künftiger LKW-Verkehr überrollt Stadtteil

Doch zurück zum Thema: Was den wirtschaftlichen „Glücksfall“ weiterhin trübt, ist die Ankündigung, dass Amazon eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens um bis zu 220 LKW pro Tag (!) bringen wird. Die Verkehrsbelastung im Stadtteil ist bereits heute schon viel zu hoch, das ist längststens bekannt. „Aus eben diesem Grund und weil kein Verkehrskonzept existiert, hatte der Ortsbeirat während des Verfahrens mehrfach den Bebauungsplanentwurf für das benannten



FOTO: WALTER

Gebiet im IG Einsiedlerhof Vogelweh abgelehnt“, betont Ortsvorsteherin Christina Kadel. Im vom Stadtrat Anfang diesen Jahres beschlossenen Stadtteilentwicklungskonzept wurde die derzeitige Verkehrsbelastung bereits klar dargestellt. Die Jacob-Pfeiffer-Straße bewältigt heute schon kaum das tägliche Verkehrsaufkommen. „Und in die aktuelle Beurteilung sind weder das neue Batterie-Fertigungswerk, mit seinen geplanten 2.000 Arbeitsplätzen, noch der Logistik-Riese Amazon, eingerechnet“, so Kadel weiter. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Von-Miller-Straße ausgebaut wird. Der gesamte Zusatzverkehr muss entweder über die Von-Miller-Straße/Jacob-Pfeiffer-Straße oder über den Opelkreisel aufgefangen werden. „Ein Unding, das so nicht funktionieren kann! Das Nachsehen haben wir – die Bürgerinnen und Bürger Einsiedlerhofs. Hier entstehen Arbeitsplätze um jeden Preis auf Kosten der Lebens- und Wohnqualität eines gesamten Stadtteils!“

Nachhaltiges Verkehrskonzept fehlt

Mit der geplanten wirtschaftlichen Entwicklung und der Ansiedlung des gigantischen Logistik-Unternehmens ist der Verkehrskollaps heute schon vorprogrammiert. Wieder einmal wurden im Rathaus Pläne geschmiedet und zur Entscheidung geführt, ohne die Betroffenen mit ins Boot zu nehmen. „Mehrfach hatten wir darum gebeten, den Verkehrsfluss zu untersuchen und ein nachhaltiges, modernes Verkehrskonzept unter Einbeziehung der beiden Bahnhaltspunkte und einer Abstimmung von Bahn und Bus zu erstellen. Ziel sollte sein, den täglichen Arbeitnehmerverkehr für ein gut funktionierendes ÖPNV-System zu gewinnen! Unsere Gespräche mit Vertretern der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt, des Referats Stadtentwicklung sowie dem Oberbürgermeister liefen bislang ins Leere“, bilanziert die Ortsvorsteherin das Ergebnis.

Man hat sich ein Problem sehenden Auges ins Haus geholt. Bleibt zu hoffen, dass nicht nur der Vertragsabschluss mit Amazon geheime Kommandosache war, sondern dass der Oberbürgermeister ein weiteres geheimes Ass im Ärmel hat, mit dem er überraschen will. Möglicherweise liegt ja ein nachhaltiges und abstimmsreifes Verkehrskonzept bereits neben dem Vertrag, dessen Tinte gerade getrocknet ist, in seiner Schublade. Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt!

Finanzausstattung verbessern

FDP-Stadtratsfraktion lehnt Haushalt ab

Fraktion im Stadtrat
FDP

Der in der Sitzung des Stadtrates verabschiedete Haushalt ist verfassungswidrig. Es ist zu erwarten, dass auch dieser Haushalt von der Kommunalaufsicht nicht akzeptiert wird und mit Forderungen auf Nachbesserungen zurückkommt. Damit beginnt das Ping-Pong-Spiel zwischen ADD und der Stadt aufs Neue. Und am Ende werden Kaiserslautern und seine Bürger wieder einmal die Verlierer sein.

Obwohl durch die Verwaltung die geplante Verschuldung deutlich gesenkt wurde und die Fraktionen sich bei ihren Forderungen zurückgehalten haben, wurde wieder einmal ein gleichgültiger Haushalt verfehlt. Das war auch zu erwarten. Denn bei der mangelhaften Finanzausstattung durch das Land ist die Stadt nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Dazu kommt noch die brisante Altschuldenproblematik. Die bis jetzt angehäuften Schulden von circa 1 Mrd Euro wird Kaiserslautern aus eigener Kraft niemals zurückzahlen können.

Das Land verschleißt davor immer noch die Augen. Und selbst jetzt, in der Pandemie, in einer einmaligen außergewöhnlichen Situation, beharrt das Land auf einen ausgeglichenen Haushalt. Wohlwissend, dass die Kommunen hohe Steuereinträge zu verzeichnen haben. Das ist nicht zu verstehen. Das ist auch nicht zu akzeptieren.



FOTO: WALTER

Sowohl ADD als auch Rechnungshof betrachten die Situation in Kaiserslautern rein fiskalisch. Sie sehen nicht, dass Kaiserslautern in einer strukturschwachen Region liegt, die wirtschaftlich gefördert wird und auch weiterhin gefördert werden muss. Sie sehen auch nicht, dass das durchschnittliche Einkommen der Bürger deutlich unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegt. Wie ist sonst zu erklären, dass die Behörden schon mehrfach mit weiteren Steuererhöhungen gedroht haben? Das ist unwürdig. Das hat Kaiserslautern nicht verdient. Das haben unsere Bürger nicht verdient, die sich hier jeden Tag einbringen und tolles leisten. Das haben weder unsere Kinder noch die alten Mitmenschen verdient. Das haben auch Verwaltung und Rat nicht verdient.

Im Januar 2019 hat der Stadtrat die FDP Resolution für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und

für eine Lösung der Altschuldenproblematik einstimmig angenommen. Weitere Resolutionen zu diesem Thema folgten. Daneben hat sich Kaiserslautern dem Bündnis für die „Würde der Städte“ angeschlossen. Unsere Stadt hat sich damit eindeutig positioniert.

Auch auf Landes- und Bundesebene setzt sich die FDP für eine grundlegende Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen ein. Die FDP hat das Problem erkannt und zieht von der kommunalen Basis bis hin zur Bundesebene an einem Strang.

Die Fraktionen, die diesem Haushalt zugestimmt haben, unterstützen das würdelose System zwischen Landesregierung und Kommunen.

Die FDP setzt sich konsequent für eine Systemänderung ein, bei der die Kommunen und Landkreise nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Ablehnung des Haushaltes durch die FDP-Fraktion war somit folgerichtig.